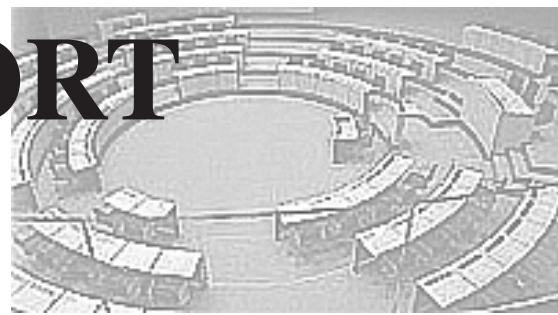


# PARLAMENTSREPORT

## **DIE LINKE.** Fraktion im Thüringer Landtag



## Für eine handvoll Posten wurde der Politikwechsel verkauft

### CDU-SPD-Koalition nimmt mit Stagnations- und Unterlassungsvertrag Arbeit auf

Nachdem das Abstimmungs-Desaster bei der Wahl von Christine Lieberknecht als Thüringer CDU-Ministerpräsidentin am 30. Oktober deutlich gemacht hat, dass das „System Althaus“ offenbar fortbesteht, geht es nun am 4. November (nach Redaktionschluss) mit der Vereidigung der Mitglieder der schwarz-rosa Landesregierung weiter.

Die CDU-SPD-Koalition nimmt ihre Arbeit auf der Basis eines Vertrages auf, den DIE LINKE als einen Stagnations- und Unterlassungsvertrag bezeichnet hat. Er lasse eine Vielzahl dringender Fragen nach wie vor unbeantwortet. „Massive Probleme in den Bereichen Soziales, Bildung, Kommunalabgaben werden nicht gelöst und die lange überfällige Funktional- und Gebietsreform schiebt man weiter auf die lange Bank. Der Vertrag wird der Notwendigkeit einer neuen Politik nicht gerecht und ignoriert die Anforderungen der Zeit“, sagte Bodo Ramelow, designierter Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, nachdem CDU und SPD ihren Koalitionsvertrag öffentlich vorgestellt hatten.

### Fortbestehen schwarzer Traurigkeit mit rosa Anstrich

„Alles, was die SPD nun als vermeintlichen Erfolg verkauft, wäre bei Rot-Rot-Grün als Mindestvorhaben im Kleingedruckten ohne jegliche Verhandlung realisiert worden. Sie hat aus reiner Postengier die Chance auf einen Politikwechsel verspielt. Für eine handvoll Posten wurde der Politikwechsel verkauft“, so Ramelow weiter.

Die SPD akzeptiert das Fortbestehen eines konservativen auf Ausgrenzung setzenden, ungerechten Schulsystems. Eine Funktional- und Gebietsreform mit mehr Bürgernähe wird es vorerst nicht geben, obwohl gerade dieses ein zentrales Thema der SPD in den vergangenen fünf Jahren und im Wahlkampf gewesen ist. Es wurde vereinbart, dass durch Gutachter geprüft werden soll, welche finanziellen Einspareffekte im Zusammenhang mit einer solchen Reform für das Land und die Kommunen erwartet werden können. „Diese Prüfvereinbarung ist erstaunlich, hatte doch die SPD durch den Finanzwissenschaftler Prof. Seitz in einer Studie ausrechnen lassen, dass rund 200 Mio. Euro eingespart werden könnten“, betonte Bodo Ramelow. Auch bei der Einlösung des SPD-Versprechens einer

besseren Familienpolitik bleiben Vorhaben im Nebulösen. Ob die 2000 zusätzlichen Erzieherinnen-Stellen wirklich geschaffen werden, sei im Vertragstext keine harte Vereinbarung.

„Da die Versprechen mit einem Finanzvorbehalt versehen sind und ein ehrlicher Kassensturz ausgeblieben

seit Jahren verankert ist. Dass die SPD sich auch perspektivisch von einem längeren gemeinsamen Lernen verabschiedet hat, zeige die fehlende Bereitschaft der Koalition, die Lehrerausbildung grundsätzlich zu reformieren. „Entgegen des SPD-Wahlversprechens wird weiterhin an der schulartbezo-



Am 30. Oktober im Thüringer Landtag: „Ministerpräsidentinnen-Wahl mit Hindernissen“. Im Foto (von hinten) Christine Lieberknecht auf ihrem (Regierungs-)Platz unmittelbar nachdem sie es im dritten Wahlgang doch noch geschafft hatte. Ihr gegenüber die Fraktion DIE LINKE.

ist, sind Vorhaben reine Makulatur und sichern das Fortbestehen schwarzer Traurigkeit mit einem rosa SPD-Anstrich. Bleibt diese Koalition, sind dies fünf verlorene Jahre für Bürgerinnen und Bürger in Thüringen“, erklärte der Oppositionsführer der LINKEN.

### Mogelpackungen, Absichtserklärungen und Allgemeinplätze

„Die viel zu frühe Trennung der Kinder nach Klasse 4 in unterschiedliche Schularten wird auch unter Regierungsbeteiligung der SPD traurige Realität in Thüringen bleiben. Wer längeres gemeinsames Lernen für alle Schülerinnen und Schüler fordert, aber zukünftig weiterhin an den Gymnasien ab Klasse 5 festhält, nimmt sich selbst nicht ernst und hat die Wähler bewusst betrogen“, sagte die Bildungspolitikerin der LINKEN Michaele Sojka.

Es sei eine reine Mogelpackung, was die SPD als Politikwechsel im Bildungsbereich glaubhaft machen will. Mit ihrem Modell einer freiwillig zu errichtenden Gemeinschaftsschule von Klasse 5 bis 10 soll umgesetzt werden, was im Thüringer Schulgesetz bereits

genen Lehrerausbildung in Thüringen festgehalten“, betonte Michaele Sojka.

„Der Koalitionsvertrag wird den Anforderungen nicht gerecht, auch wenn er deklaratorisch über das hinausgeht, was für die Stagnationszeit der CDU-Alleinregierung typisch war“, sagte die Arbeitsmarktpolitikerin der LINKEN Ina Leukefeld und kritisierte: „Der Vertrag bezieht sich fast ausschließlich auf die fatale Wachstumsideologie, die überhaupt erst zur Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat. Es wird nur die Wiedereingliederung von Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt thematisiert. Mit einem Landesarbeitsmarktprogramm muss aber auch der Nonprofit-Sektor gestärkt werden.“

„Statt Allgemeinplätze und Absichtserklärungen sind konkrete Aussagen zur Gestaltung der Thüringer Kulturlandschaft notwendig“, hatte die Kulturpolitikerin der LINKEN, Dr. Birgit Klaubert, angemahnt. Viele drängende Fragen blieben unbeantwortet: „Warum sagt man nicht konkret, in welcher Höhe die künftige Förderung der Thüringer Museen erfolgen wird und in welchem Umfang das Projektmanagerprogramm aufgestockt werden soll? Oder wie wird die Existenz

der Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt über das Jahr 2012 hinaus gesichert? Wird es ein Musik- und Kunstschulgesetz geben? Wird das vorhandene Bibliotheksrecht novelliert und werden die Geburtsfehler „freiwillige Aufgabe und fehlende Finanzierung“ endlich korrigiert? „Herr Matschie mag alles für ein politisches Schauspiel halten, in dem er eine mittlere Rolle ergattert hat. Es sind keine guten Vorzeichen für eine grundlegend andere neue Kulturpolitik im kultureicheren Land Thüringen“, sagte Birgit Klaubert.

### Frau Lieberknecht soll in Karlsruhe aktiv werden

Da die steuerpolitischen Pläne der neuen Bundesregierung mit jährlich 400 Millionen Euro im Landeshaushalt und 80 Millionen Euro in den kommunalen Haushalten negativ zu Buche schlagen, hat Bodo Ramelow Alarm geschlagen und auf den erhöhten Handlungsbedarf der Thüringer Landesregierung hingewiesen. „Nur im Bundesrat Nein zu sagen, reicht nicht aus! Bei dieser Größenordnung verlange ich von Frau Lieberknecht, dass sie in Karlsruhe aktiv wird und gemeinsam mit dem Land Berlin um eine Steuereinnahmen-Garantie kämpft.“

DIE LINKE im Landtag rechnet im Haushaltsjahr 2010 mit 700 Millionen Euro Einnahmeausfällen im Landeshaushalt. Davon seien 200 Millionen auf Beschlüsse der alten Bundesregierung zurückzuführen und 500 Millionen eine Folge der Krise.

Bodo Ramelow kritisierte, dass die aktuellen schwarz-gelben Steuergeschenke zu Lasten der Länder und Kommunen gehen. „Als ob ein 700-Millionen-Loch nicht groß genug wäre, sollen dem Land Thüringen im Jahr 2010 weitere 80 Millionen und ab 2011 sogar 400 Millionen Euro zusätzlich weggenommen werden.“

Die Thüringer Kommunen, die durch die Krise ohnehin Verluste in Höhe von 100 Mio. Euro jährlich zu verkraften hätten, würden durch die neue Bundesregierung zunächst um weitere 40 Mio. und dann pro Jahr um 80 Mio. geschröpft.

Angesichts dieser Dimension der zu erwartenden Haushaltsprobleme sei es nötig, bereits jetzt Widerstand zu leisten. „Da reicht es eben nicht aus, wenn eine Ministerpräsidentin lediglich im Bundesrat ‚Nein‘ sagt. Jetzt muss man so handeln wie der Berliner Finanzsenator, der bereits einen Gang zum Bundesverfassungsgericht angekündigt hat, falls die Einnahmesubstanz seines Landes weiter zerstört wird. In dieser Situation wäre es durchaus sinnvoll, dass die Bundesländer so etwas wie eine Einnahmen-Garantie erstreiten“, schlug Bodo Ramelow vor. ■



## KURZ UND PRÄGNANT

### Kommunal-Kombi

Ausgehend von den aktuell 120.500 Arbeitslosen in Thüringen mit einem wachsenden hohen Anteil von Langzeitarbeitslosen weist MdL Ina Leukefeld auf den bevorstehenden Anstieg der Arbeitslosenzahlen durch das Auslaufen der Kurzarbeiterregelung hin. Darauf müsse die Landespolitik eine Antwort haben. Für die laut Koalitionsvertrag „wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre“, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, werde jedoch vor allem Unkonkretes mitgeteilt. Der Vertrag beziehe sich fast ausschließlich auf die fatale Wachstumsideologie, die überhaupt erst zur Finanz- und Wirtschaftskrise geführt habe, es werde nur die Wiedereingliederung von Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt thematisiert. DIE LINKE hat einen Antrag eingebracht, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Kommunen in Thüringen bei der Nutzung des Bundesförderprogramms Kommunal-Kombi finanziell zu unterstützen. ■

### Ballentin ins Gefängnis

Der frühere Chef des Erfurter Flughafens, Gerd Ballentin, muss für zwei Jahre und acht Monate ins Gefängnis, nachdem der Bundesgerichtshof in Karlsruhe die Revision gegen ein Urteil des Landgerichtes Mühlhausen vom Dezember 2008 abgelehnt hatte. Der BGH folgte der Auffassung der Mühlhäuser Wirtschaftsrichter, wonach Ballentin die Manipulation der Passagierzahlen „über Jahre angewiesen, geduldet und gekannt“ hatte. Das Landgericht hatte ihn wegen Betrugs im besonders schweren Fall verurteilt. Der Manipulation von Passagierzahlen hätten eigennützige Motive des Angeklagten zugrunde gelegen, es sei um eine Vertragsverlängerung als Flughafen-Chef, um Erfolgsmeldungen und um Geld gegangen. ■

### Seltene Richterbefragung

Mit Blick auf einen unter Thüringer Richtern kursierenden Fragebogen kritisiert Bodo Ramelow dieses Vorgehen als „eine sehr exotische und rechtlich äußerst problematische Aktion“. Mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung will er Hintergründe und rechtliche Bewertung umfassend klären. Bei dem Fragebogen handelt es sich um eine Befragung zu Gesichtspunkten des beruflichen Verhaltens und der berufsethischen Einstellung von Richtern. Diesen Fragebogen hat der Präsident des Thüringer Oberlandesgerichts zur Erhebung und Auswertung von Daten und Informationen zum beruflichen Selbstverständnis von Richtern verschickt, um die ausgewerteten Angaben in einer Publikation zu verwenden und zu veröffentlichen. ■

# Kita-Volksbegehren wird erneut in den Landtag getragen

**DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen haben gemeinsamen Gesetzentwurf eingereicht**

Während einer gemeinsamen Pressekonzferenz wurden die Aktivitäten der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE zur wirksamen Umsetzung des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik in Thüringen durch Margit Jung (MdL, DIE LINKE) und Astrid Rothe-Beinlich (MDL, Bündnis 90/Die Grünen) – im Foto v.r. – vorgestellt.

Die Familienpolitikerin der LINKEN betonte, dass sie mit dem Gesetzentwurf, den beide Fraktionen gemeinsam jetzt in den Landtag eingebracht haben, ein Versprechen aus dem Wahlkampf umsetz-

zieherinnen kommen sollten, fragten die Journalisten in der Pressekonferenz. Die beiden Landtagsabgeordneten verwiesen auf die vielen Erzieherinnen, die seit Jahren nicht in Vollzeit arbeiten können. Außerdem müssten Anstrengungen unternommen werden, abgewandertes Personal zurück zu gewinnen.

### Chronologie des Volksbegehrens

Im Dezember 2005 wird das von der Thüringer CDU im Landtag durchgedrückte „Familienfördergesetz“ verkündet. Es führt zu deutlichen Verschlechterungen, vor allem im Bereich der Kindertageseinrichtungen.

Anfang Januar 2006 beginnt der „Trägerkreis für eine bessere Familienpolitik in Thüringen“ mit den konkreten Vorbereitungen für ein Volksbegehren gegen das Familienfördergesetz (auch „Familienoffensive“) genannt. Ende April liegt der fertige Gesetzentwurf vor, der sich vor allem auf Verbesserungen im Kita-Gesetz

konzentriert, so bei der Personalausstattung und bei der finanziellen Unterstützung, er enthält auch das beitragsfreie letzte Kita-Jahr.

Vom 30.05. bis 09.07.06 läuft die Antragsammlung, die über 23.800 Unterstützerunterschriften erbringt. 02.10.2006: Das Volksbegehren wird zugelassen. 10.10.06: Althaus gibt die Klage der CDU-Landesregierung gegen das Volksbegehren bekannt. Am 05.12.2007 erklärt der Thüringer Verfassungsgerichtshof in einem Urteil mit 5 zu 4 Stimmen das Volksbegehren für unzulässig. In Sonder-

voten üben die vier unterlegenen Richter sehr deutliche Kritik an der Mehrheitsentscheidung.

Am 16.01.2008 reichen die Fraktionen DIE LINKE und SPD den Kita-Gesetzentwurf im Landtag ein, der vom Gericht gestoppt und den Oppositionsfraktionen zur Weiterarbeit auf dem parlamentarischen Weg übergeben worden war. Zeitgleich beginnt der Trägerkreis mit der Weiterentwicklung des Gesetzentwurfs für ein zweites Volksbegehren. Nach ausführlicher Fachdiskussion im Trägerkreis beziffert dieser Ende Mai 2008 den notwendigen zusätzlichen Personalbedarf in den Thüringer Kitas auf 2.000 Vollzeitstellen. Diese Berechnung wird später von weiteren Fachleuten bestätigt.

In den parlamentarischen Beratungen ist deutlich eine „Verschleppungstaktik der CDU“ zu erkennen. Der Trägerkreis kündigt deshalb am 08.12.2008 an, dass er am 1. Mai 2009 ein neues Volksbegehren starten wird. Die CDU-Mehrheit im Landtag lehnt am 07.05.2009 nach fortbestehendem Beratungsunwillen den Kita-Gesetzentwurf ab. Die bis 11.06.2009 laufende zweite Antragsammlung für ein Volksbegehren erbringt über 17.100 Unterschriften.

Der Trägerkreis fordert am 06.09.2009 die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE öffentlich auf, den aktuellen Gesetzentwurf des Kita-Volksbegehrens so schnell wie möglich in den Landtag einzubringen. Das Volksbegehren wird am 15.09.09 für zulässig erklärt. LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verständigen sich auf die gemeinsame Einbringung (SPD erteilt Absage); der Gesetzentwurf ist am 13.10.2009 im parlamentarischen Geschäftsgang (Drucksache 5/30). 15.10.2009: Die Klagefrist gegen das Volksbegehren läuft ab. 20.10.2009: Im Gesetz- und Verordnungsblatt wird Volksbegehren und Sammlungsfrist (10.02. bis 9.6.2010) verkündet. ■



ten – nur dass die SPD jetzt nicht mehr dabei ist.

Zwar hat auch die Thüringer CDU-SPD-Koalition angekündigt, die Ziele des Kita-Volksbegehrens aufgreifen zu wollen, aber außer Absichtserklärungen liegt nichts Konkretes vor. „Wir wollen deutliche Signale setzen“, betonte Margit Jung und verwies auf die oft unerträgliche personelle Situation in den Thüringer Kindertagesstätten. Auch habe der Trägerkreis des Volksbegehrens mehrheitlich entschieden, „weiter zu arbeiten an der großen Sammlung, weil wir nicht auf Versprechungen reagieren“. Wenn CDU und SPD jetzt auch von 2.000 zusätzlichen Stellen sprechen, gehe es ihnen offenbar auch um nicht qualifiziertes Personal, was umso problematischer sei, da es ja vor allem auch um weitere Verbesserungen bei der frühkindlichen Bildung gehe.

Astrid Rothe-Beinlich erinnerte sich an „mindestens sieben Podien, wo wir zu Dritt versprochen hatten, der erste gemeinsame Gesetzentwurf im neuen Thüringer Landtag werde das Volksbegehren sein“. Aber so, wie die Dinge jetzt liegen, könne die Koalition den Zeitplan nicht halten, denn für das Volksbegehren gelten Fristen, wonach spätestens am 10. Februar die Sammlungsfrist beginnen müsste. Freilich könnten CDU und SPD dem Gesetzentwurf von LINKEN und Bündnisgrünen zustimmen, denn dieser liegt bereits vor und wird in der ersten ordentlichen Landtagssitzung am 19. oder 20. November in erster Lesung beraten.

Woher denn so viele qualifizierte Er-

## MdL Dr. Gudrun Lukin: „Teuer und gut?“

Regionalbahnreisende zwischen Erfurt und Gera brauchen sich über mangelnde Kontaktflächen nicht zu beklagen. Im Berufsverkehr und zu Semesterzeiten sind die Züge mehr als dicht gefüllt.

Nun fielen in der Regionalbahn sogar Reisende wegen Überfüllung in Ohnmacht. Offenbar reichen derzeit weder die Anzahl der Wagen noch der Wille von Land und Bahn aus, den Reisenden wenigstens halbwegs normale Bedingungen zu bieten. Eine offizielle Entschuldigung und Lösungssuche für die nächste Reisezeit ist jedenfalls nicht auszumachen. Die Devise heißt offensichtlich „Weiterso“ oder noch schlimmer, das Problem wird per Griff in die Taschen der Bürger gelöst.

Denn pünktlich zum Jahreswechsel beschert die Bahn ihren Nutzern

die obligatorische Fahrpreiserhöhung, selbstverständlich ohne Komfortweiterung. Mit 2,2 % werden außerdem gerade Normal- und Zeitkarten des Regionalverkehrs besonders angehoben. In Thüringen trifft es außerdem das auf dieser Strecke beliebte Hopperticket mit 50 Cent Mehrbelastung.

Wollen Land und Stadt noch mehr Bürgerinnen und Bürger zur Autofahrt verleiten? Es sieht so aus. Dann wäre wohl die A4 nicht umsonst ausgebaut worden. Mit nachhaltiger, bürgerfreundlicher Landesverkehrsentwicklung und Dienstleistungsfunktion der Bahn hat das alles aber nichts mehr zu tun.

Oder werden künftig die Zugbegleiter noch einen Schnellkurs in Erste-Hilfe-Ausbildung absolvieren müssen, wenn wieder einmal die Triebwagen und die Luft knapp werden? ■

# „... verzweifelt, wenn da nur Unrecht ist und keine Empörung“

Nachgefragt bei Katharina König, Abgeordnete der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE

**Sie gehören zu den neuen Abgeordneten der Landtagsfraktion der LINKEN. Bitte stellen Sie sich unseren Lesern kurz vor.**

Ich bin 31 Jahre alt und habe drei Brüder. Wir sind zu DDR-Zeiten in einer „Oppositionsfamilie“ (mein Vater ist Pfarrer, meine Mutter Sozialpädagogin) aufgewachsen. So war ich nicht bei den Pionieren, sondern in der Christenlehre, hatte keine Jugendweihe, sondern Konfirmation. Geboren bin ich in Erfurt, aufgewachsen in Merseburg, 1991 sind wir nach Jena umgezogen. Von 1998 bis 1999 war ich als Volontärin in Israel, habe dort in einem Elternheim für Holocaustüberlebende in Jerusalem gearbeitet und nach der Rückkehr begonnen, Semitische Philologie, Islamwissenschaften und Politikwissenschaften zu studieren. Die im Studium erworbenen Sprachkenntnisse konnte ich in der JG-Stadtmitte Jena innerhalb der „Deutschstunde“, einem Projekt zur Integration von Asylsuchenden, anwenden und bin schließlich u.a. für diese Arbeit 2002 in der JG-Stadtmitte angestellt worden. 2004 begann ich an der Berufsakademie Gera ein berufsbegleitendes Studium zur Diplom-Sozialpädagogin, welches ich 2007 abgeschlossen habe. Ebenfalls 2004 bin ich über die offene Liste der PDS in den Jenaer Stadtrat eingezogen und bin hier derzeit die Fraktionsvorsitzende der LINKEN. 2009 bin ich auf Vorschlag der Linksjugend solid für die Landesliste der LINKEN zur Landtagswahl vorgeschlagen worden und bin über Platz 11 in den Thüringer Landtag eingezogen.

**Mit welchen Erwartungen gehen Sie in die parlamentarische Arbeit, was haben Sie sich vorgenommen?**

Meine Erwartung ist an erster Stelle, mich zurechtzufinden: Im Landtag, in der

Fraktion, im Wahlkreis Saalfeld-Rudolstadt. Für die parlamentarische Arbeit hoffe ich, insbesondere im Bereich Jugend eine an den Bedarfen orientierte Stabilisierung und Etablierung der Finanzierung offener Kinder- und Jugend-



arbeit erreichen zu können. Die in den Städten und besonders im ländlichen Raum teils miserable Finanzierung von Kinder- und Jugendarbeit muss auch durch das Land aufgefangen werden. Weder die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Summe noch die abgegebenen Absichtserklärungen und Möglichkeitenformen reichen dafür aus.

Ein weiteres meiner Ziele ist, gegen Neonazismus und Antisemitismus sowie Fremdenfeindlichkeit vorzugehen und hierbei insbesondere mit meinen Abgeordneten-Kolleginnen Martina Renner und Sabine Berninger zusammenzuarbeiten. Vorgenommen habe ich mir, offen zu bleiben für Anregungen – sei es aus dem Wahlkreis oder aus der Stadtratsarbeit in Jena oder aus anderen Bereichen.

**Wie werden Sie den Kontakt zu den**

**Wählern halten – für die notwendige „Bodenhaftung“ sorgen – und worum geht es Ihnen dabei vor allem?**

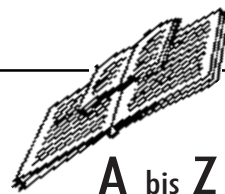
Einerseits über das Abgeordnetenbüro in Saalfeld (das ist übrigens in der Saalstraße 38). Andererseits über die Kontakte und Mitarbeit bei der Linksjugend solid. Aber auch durch „Dasein“ und „Ansprechbarsein“. Sei es per e-mail (katharina.koenig@web.de) oder per Telefon (0361-3772380) oder eben persönlich.

Für den Fall, dass ich die Bodenhaftung verlieren sollte, ergeht hiermit die Aufforderung, es mir zu sagen und mich zurück zu holen.

Ich sehe mich in der Funktion als Landtagsabgeordnete als „Sprachrohr“ und Vertreterin der WählerInnen. Es geht nicht um die Verwirklichung meiner Privatinteressen oder der von Lobbyisten. Allein aus diesem Grund halte ich es für zwingend notwendig, mit WählerInnen aber auch mit Vereinen und Initiativen zusammenzuarbeiten, ihre Interessen zu hören, aufzunehmen und entsprechend einzubringen.

**Welchen Grundsatz würden Sie nie über Bord werfen?**

Das Leitbild der JG-Stadtmitte, meiner vorherigen Arbeitsstelle, und vor allem das daraus resultierende Handeln: „... verzweifelt, wenn da nur Unrecht ist und keine Empörung“.



A bis Z:

## Verfassungsschutz

„Das Trennungsgebot zwischen Verfassungsschutz und Polizei ist ein fundamentales Prinzip einer funktionierenden Zivilgesellschaft und eines demokratischen Rechtsstaats sowie eine eminent wichtige Lehre aus dem deutschen Faschismus“, betonte Bodo Ramelow und wertete die neuerliche Abordnung eines Polizeibeamten zum Thüringer Verfassungsschutz (als Vizepräsident) „als klare und gewollte Verletzung und Umgehung des OVG-Urteils vom Juni diesen Jahres“. Ein „Verfassungsschutz, der selbst die Verfassung bricht, hat eigentlich seine Existenzberechtigung verlohren“.

Eine Anfrage der LINKEN hatte ergeben, dass der jetzt bekannt gewordene Fall „nicht die einzige Verwicklung von Polizei und VS in Thüringen ist. Wir haben es mit einem ausgewachsenen strukturellen Problem zu tun“, sagte Ramelow und kündigte an, dass die Fraktion DIE LINKE mit allen parlamentarischen Mitteln dieses massive politische und verfassungsrechtliche Problem angehen werde – so mit einem Antrag auf Selbstbefassung im Innenausschuss, aber auch mit konkreten Vorschlägen zur Novellierung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes. Dort müsste ein ausdrückliches Verbot von solchen Personalrochaden und Stellenbesetzungstricks zwischen Polizei und Verfassungsschutz verankert werden. ■

## Wichtige Termine

### Landtagssitzungen:

Die ersten „ordentlichen“ Sitzungen des Thüringer Landtags sollen am 19. und 20. November stattfinden.

### Neue Arbeit:

OWUS und DIE LINKE-Fraktion laden am 5. November, 18 Uhr, in den Thüringer Landtag (Raum 201) ein zu einem Vortrag von Prof. Dr. Frithjof Bergmann: „NEUE ARBEIT, NEUE KULTUR: Der Aufstieg zu einer humanen, intelligenten, fröhlichen und sinnlichen Arbeitswelt.“

### Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter:  
www.die-linke-thl.de

## Flüchtlingspolitik

„CDU und SPD bleiben konkrete Aussagen schuldig, wie die Situation von Migranten besser werden kann“, sagte MdL Sabine Berninger. So sollten endlich auch Asylbewerber und langjährig geduldete Flüchtlinge an Sprachkursen teilnehmen können. „Zu einer gelingenden Integration gehört, dass Migranten einer existenzsichernden Erwerbsarbeit nachgehen können, menschenwürdig untergebracht werden und endlich die Residenzpflicht abschafft wird.“ Die Abgeordnete der LINKEN bedauert, dass sich die SPD offenkundig von der Forderung „Geld statt Gutscheine“ verabschiedet hat. Eine ausführliche Bewertung zu den flüchtlingspolitischen Passagen im Koalitionsvertrag ist unter [www.sabineberninger.de](http://www.sabineberninger.de) abrufbar. ■

## Malschule

Mit der Bilder-Ausstellung „Malen öffnet die Seele“ der Malschule des Christlichen Jugenddorfs Erfurt e.V. wurde jetzt im Landtag die letzte diesjährige Kunstausstellung eröffnet. Die seit drei Jahren bestehende Malschule präsentiert lebendig und farbenfroh über 50 Bilder, die allesamt von Menschen mit Behinderung geschaffen wurden. Sie will vor allem Individualität, Kreativität und Vielfalt fördern, das Selbstwertgefühl durch Erfolgserlebnisse steigern, Brücken bauen und Chancen eröffnen. Der gelernte Kunsthandwerker Günter Steffenhagen, der bis 2005 das Christliche Jugenddorf in Erfurt leitete, betreut die Malschule nun im Ehrenamt. Die Ausstellung ist bis 8. Januar 2010 zu sehen. Der Eintritt ist frei. ■

## Rentenversicherung

Die Pläne der Deutschen Rentenversicherung, u. a. in Thüringen die Zahl ihrer Beratungsstellen zu reduzieren, hat MdL Karola Stange scharf kritisiert. Die Rentenversicherung müsse für die Menschen ohne großen Aufwand erreichbar sein. Die Betroffenen könnten sich oft wegen ihrer persönlichen oder finanziellen Situation weite Anfahrtswege nicht leisten. „Außerdem sind Rentenanfragen sehr komplex, sie lassen sich besser in einem persönlichen Gespräch bearbeiten. Nicht jedem, der Rentenfragen zu klären hat, ist der Zugang zu E-Mail und Internet möglich. Die Landesregierung muss sich unbedingt für die Erhaltung der Beratungsstellen in Thüringen einsetzen.“ ■



## Welchen Nutzen bringt der Impfstoff?

Wie die Nachrichtenagentur dpa zu Wochenbeginn meldete, sei in Thüringen die Schweinegrippe-Impfung nach Einschätzung des Sozialministeriums zufriedenstellend gestartet. Die Impfung konzentrierte sich derzeit auf die Gesundheitsämter, wo sich Angehörige wichtiger Berufsgruppen wie medizinisches Personal, Feuerwehrleute oder Katastrophenschutz spritzen lassen können.

Die Bundesländer haben für mehr als eine halbe Milliarde Euro Impfstoff vom Serumwerk in Dresden abgekauft. Dieses Werk gehört dem Pharmariesen glaxosmithkline (gsk), der in das Werk nach eigenen Angaben 200 Millionen Euro investiert hat. Weitere 200 Millionen Euro habe gsk in die Entwicklung des Pandemieimpfstoffes Pandemrix investiert. Übrigens hat Deutschland nur bei gsk bestellt.

Bei der Vogelgrippe 2005/2006 war Tamiflu vom Pharmaunternehmen Roche das Mittel der Wahl. Roche konnte seinen Umsatz um über 200 Prozent steigern. Die Vogelgrippe brachte dem Unternehmen einen Erlös von 550 Millionen Euro. Allein die US-Regierung hatte für 48 Millionen Euro Tamiflu gekauft. Rumsfeld, damals US-Verteidigungsminister, brachten seine Aktienpakete vier Millionen Euro ein. Auch Tamiflu ist unter Wissenschaftlern wegen seiner Nebenwirkungen umstritten.

Die Verstrickung von Pharmaunternehmen und Politik wird immer engmaschiger. Anders ist nicht zu erklären, warum es keine öffentliche Ausschreibung für den Impfstoff gegeben hat. Außerdem läuft der Patentschutz von umsatzstarken Arzneimitteln ab, und mit einer Angstpsychose zur Pandemie können kurzfristig Gewinne erzielt werden. Nach Schätzungen des Robert-Koch-Instituts sterben durch die saisonale Grippe in Deutschland jährlich zwischen 5.000 und 15.000 Menschen. Der Schweinegrippe waren bis Ende Oktober zwei Menschen zum Opfer gefallen mit Vorerkrankungen.

Sollte es wirklich zu einer Pandemie kommen, ist zu fragen: Wie ist das mit der Krankenhausbettenplanung z. B. konkret in Thüringen? Haben wir neben Ärzten auch genügend qualifiziertes Pflegepersonal? Eine weitere Frage bezieht sich auf die Unabhängigkeit von Wissenschaft und Forschung. Nicht kurzfristiger Gewinn von Pharmaunternehmen darf zielführend sein, sondern welchen Nutzen bringt der Impfstoff für die Menschen. Mit persönlicher Hygiene, wie Händewaschen mit Seife und beim Niesen ein Taschentuch benutzen, kann jeder selbst zu seinem persönlichen Schutz etwas tun. Allerdings verdient daran nicht die Pharmaindustrie.

Dr. Anne Urschll

# Ein Programm für das Gestalten menschlicher Städte

## Forderungen der Fachtagung für Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit in Gera-Lusan

Auf reges Interesse stieß die Fachtagung „Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit – 15 Jahre Stadtumbau und Stadtteilplanung in Gera“, zu der der Paritätische Wohlfahrtsverband Thüringen (PARITÄTISCHE) nach Gera-Lusan eingeladen hatte. Soziale Stadt-(teil)entwicklung ist ein wichtiges Politikfeld auch bei uns LINKEN im Thüringer Landtag. An der Fachtagung hatten der Fraktionsvorsitzende Dieter Hausold sowie die Abgeordneten Margit Jung und Heidrun Sedlacik teilgenommen. Stadtumbau als eher sozialpolitisches Anliegen zu verstehen, ist der richtige Ansatz für eine gelungene soziale und ökologische Stadtentwicklung. Denn ohne sozialen Frieden in der Stadt ist auch keine nachhaltige Rendite für die Stadt zu erzielen.

Die Veranstaltung machte eindrucksvoll deutlich, wie vielfältig, komplex und wichtig integrierte Stadtentwicklung ist – ein lebendiges Thema, das Spaß macht, eine Arbeit, die anerkannt und verstetigt werden muss. Finanzielle Unterstützung durch Förderprogramme und eine ausreichende Ausstattung der Kommunen ist dabei unerlässlich, um beispielsweise soziale Infrastruktur bedarfsgerecht vorzuhalten. Die Kommunen sind faktisch das letzte Glied in der Kette, der Ort, wo gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen, aber auch politische Entscheidungen, ihre Wirkung entfalten. Sie sind Ansprechpartner für die Bürger, hier geht es um Effizienz und Partizipation gleichermaßen.

Dieses funktionale Gewicht der kommunalen Ebene wird in der Bundes- und Landespolitik viel zu wenig wahrgenommen. Die Senkung des Bundesanteils an den Kosten für Unterkunft und Heizung für Hartz-IV-Empfänger ist ein Beleg dafür. Die Kommunen werden zum Lückenbüßer für den bröckelnden Sozialstaat. Das schränkt ihren Handlungsspielraum weiter ein.

„In Thüringen ist viel passiert, aber viel zu wenig, wenn man sich mal anschaut, was passieren müsste, damit etwas passiert“, fasste Reinhard Müller, Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN, die Lage treffend zusammen. Es gehe um die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Städte und Regionen so umzubauen, dass sie einladend sind, in Thüringen zu bleiben bzw. hierher zu kommen.

### Jeder Stadtteil eine soziale Stadt

Bisher werde beispielsweise die kommunale Infrastruktur viel zu wenig geplant, so ein Kritikpunkt der Veranstaltung. Die soziale Dimension müsse mehr in den Vordergrund gerückt werden. Das Programm Soziale Stadt ist wichtig, macht aber auch die defensive Ausrichtung der Städtebauförderung deutlich, die in erster Linie versucht, Defizite auszugleichen. Nachhaltige Stadtentwicklung aber muss den vorbeugenden Ansatz betonen und darf eben nicht nur Reparaturpolitik sein. Gegenwärtig ist das Programm auf Problemgebiete beschränkt. In Zeiten des fortschreiten-

den Sozialabbaus, ansteigender Armut und weiterer Zunahme von Polarisierungsprozessen müsste der Ansatz auch auf kleinere Städte im ländlichen Raum ausgeweitet werden. Entsprechend lautete ein Fazit der Tagung: „Jeder Stadtteil sollte eine soziale Stadt werden“.

Ganz entscheidend ist, dass bei Planungsprozessen die Menschen einbezogen werden. Lebensqualität macht sich nicht nur an der baulichen Infrastruktur (am Beton) fest. „Um Lebensqualität zu erhalten und auszubauen, muss der Wille der Bürger wie Puzzle-Teile zu einem Bild zusammengesetzt werden“, betonte Prof. Dr. Frank Eckardt von der Bauhaus-Universität Weimar. Nachhaltige Stadterneuerung braucht die Mitentscheidung der Bevölkerung, aber auch die Besinnung auf ökologische Zusammenhänge und neue Finanzierungsmodelle, die Kontinuität und Planungssicherheit geben.

Nun sind die Perspektiven insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zwar nicht eindeutig definierbar, aber „Zukunft kann man bauen“ und dafür braucht es Visionen! Eine Anregung, wie die LINKE STADT des Jahres 2034 aussieht, kann unter [www.linksfraktion.de/mdb\\_bluhm\\_downloads.php](http://www.linksfraktion.de/mdb_bluhm_downloads.php) abgerufen werden. Stadtumbau aus konsequent LINKER Sicht ist ein Programm für das Gestalten menschlicher Städte. „DIE LINKE Stadt“ schließt niemand aus.

Diana Kölbl

## „Das eine oder andere positiv bewegen können“

Heidrun Sedlacik, die bei der Landtagswahl mit 30,1 Prozent der Stimmen das Direktmandat in ihrem Wahlkreis (Saale-Orla-Kreis II) gewonnen hatte, konnte jetzt in Pößneck, Gerberstraße 45, mit ihren Mitarbeitern Barbara Hofmann und Peter Lückmann sowie weiteren 40 Gästen ihr Wahlkreis- und Bürgerbüro feierlich eröffnen. Den anwesenden Vertretern der Jugendgruppe Re[d]solution wurden 320 Euro übergeben, die von den Gästen im bereitstehenden Spendenglas gelandet waren.

Die erfahrene Landtagsabgeordnete der LINKEN bezeichnete das erreichte Direktmandat in der Orlasenke als eine große Herausforderung. Als ihre „Hauptaufgabe als Politikerin“ verstehe sie es, „den Interessen der Menschen zu dienen, die mich mit ihrer Stimme und ihrem Vertrauen dafür gewählt haben“. Sie verwies auf die zahlreichen Gespräche in den vergangenen Monaten und betonte: „Bei den Kontakten zu kleinen und mittleren Unternehmen, landwirtschaftlichen Betrieben, mit Bürgermeistern und sozialen Einrichtungen erhielten wir Auskunft und sie vermittelten uns ein Bild ihrer Situation. So erfuhren wir von Be-



troffenen auch viel Kritisches über die Auswirkung der Thüringer Politik. Durch intensivere Kontakte zu Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen der Region möchte ich künftig das eine oder andere positiv mitbewegen können.

Die verschiedenen Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge gehörten ebenso zu meinen ständigen Partnern

wie die Vertreter der öffentlichen Verwaltung und der Polizei. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss in der öffentlichen Hand bleiben, so meine Forderung. Denn eine Privatisierung wird irgendwann immer zum Ausschluss sozial und finanziell Schwächerer führen.“

Heidrun Sedlacik kündigte an: „Der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern wird weit mehr sein, als die geplanten Abgeordnetensprechstunden. Interessierte sollten und können sich mit allen möglichen Fragen an mich wenden, sei es beim Infostand, im Büro, oder vor Ort bei den Sprechstunden.“

Das Pößnecker Wahlkreis-Büro in der Gerberstraße 45 ist geöffnet: Montags 13 bis 16 Uhr, dienstags 10 bis 16 Uhr und freitags 10 bis 13 Uhr; Telefon/Fax: 03647/447914; eMail: [wkb@sedlacik.de](mailto:wkb@sedlacik.de).

# Der schwarz-rote Lord – auf der „dunklen Seite der Macht“

Matthias Machnig ist ein Pate des Bündnisses von SPD und CDU

Die erfolgreiche Filmserie „Star Wars“ sparte sich in ihrer Ursprungsversion die Pointe bis zum letzten Teil: Darth Vader, der „schwarze Lord“ und Erzbösewicht, gehörte ursprünglich zu den Guten. Dann jedoch erlag er den Versuchungen der „dunklen Seite der Macht“.

Weit auf der dunklen Seite steht auch Matthias Machnig, direkt neben der CDU. Nicht nur das: er ist einer der einflussreichsten Strippenzieher der Koalition von SPD und CDU in Thüringen. Neben Christoph Matschie dürfte er auf Seiten der Sozialdemokraten hauptverantwortlich für das Bündnis sein, dem er als Wirtschaftsminister angehören wird.

## Die Zeit: „Prinz der Dunkelheit“

Machnig, 1960 geboren, war nicht immer ein Freund der CDU. Welchen Weg einstige Funktionäre der Jusos, der SPD-Jugendorganisation, nehmen können lässt sich an seinem Beispiel gut illustrieren. Machnig war einst Mitglied des Sozialistischen Hochschulbundes, gehörte als Juso-Unterbezirksvorsitzender Anfang der 1980er Jahre zum linken „Stamokap-Flügel“, einer marxistischen Richtung, die die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus vertrat und sich für Bündnisse unter Einschluss der DKP einsetzte.

Im Jahr 1998 ebnete Machnig nach einer Karriere im SPD-Umfeld – seit 1992 protegiert von Franz Müntefering – in der Wahlkampfzentrale „Kampa“ Gerhard Schröder den Weg ins Kanzleramt. Mit viel Macht, aber immer im Hintergrund. Als einen „Prinzen der Dunkelheit“ bezeichnete ihn deshalb die Wochenzeitung „Die Zeit“. „Machnig ist nie von einem Gremium gewählt worden, er wurde erwählt, von Franz Müntefering“, heißt es in dem Artikel. Machnig kokettierte mit dieser Rolle: „Jemanden wie mich darf es in unserer Partei eigentlich gar nicht geben.“

## Für „die Transformation öffentlicher Strukturen“

Nach der erfolgreichen Wahl wurde er als Günstling Münteferings zunächst Staatssekretär im Verkehrsministerium und 1999 SPD-Bundesgeschäftsführer. Den Wahlkampf 2002 managte er mit Erfolg. Doch der karrierebewusste Technokrat empfand seine Loyalität als nicht genügend gewürdigt, wie er dem „Handelsblatt“ anvertraute. Da er bereits Staatssekretär war, hätte ihn „jetzt nur ein Ministerposten in einem Bundes- oder Landeskabinett in der Politik halten können“, berichtet die Zeitung. Den gab es nicht. Machnig wechselte Ende 2002 in eine Unternehmensberatung und verließ sie nach einem guten Jahr Richtung Kon-

kurrenz. Spätestens da hatte er sich dunklen Mächten verschrieben.

Er wurde Mitglied der Geschäftsleitung von Booz Allen Hamilton, nach McKinsey weltweit die zweitgrößte Unternehmensberatung. Vizepräsident des Konzerns war in jener Zeit John Michael McConnell, bis 1996 Direktor des US-Geheimdienstes NSA (2007 berief ihn George Bush zum Gesamtkoordinator der US-Geheimdienste). „Booz Allen Hamilton ist einer der wichtigsten Vertragspartner des militärisch-elektronischen Komplexes der USA“, schätzt der österreichische Rundfunk ORF ein. Die Firma war auch an der Weitergabe europäischer Finanzdaten an die CIA beteiligt.

Machnig habe sich bei der Beratungsfirma „vor allen Dingen mit Fragen der Informations- und Kommunikationstechnik, der Energiepolitik und Energieforschung sowie mit Fragen des öffentlichen Sektors auseinandergesetzt“, wird Jahre später auf der Internetseite von Christoph Matschie zu lesen sein. Booz Allen Hamilton wurde im Dezember 2003 etwas deutlicher: „Machnig wird für die Transformation öffentlicher Strukturen vor allem in den Bereichen Gesundheitswesen und Infrastruktur zuständig sein.“ Transformation – wohl eine freundliche Umschreibung für Privatisierung. Nach 15 Monaten gründete Machnig eine eigene Firma, wollte jedoch, wie das Magazin „Politikszene“ berichtete, mit Booz Allen Hamilton „weiterhin kooperieren“. Nach der Bundestagswahl 2005 war er auf einmal wieder Staatssekretär, diesmal im Umweltministerium, als Vertrauter von Sigmar Gabriel.

## Öffentlichkeit – „eines der großen Probleme“

Er gehört zum Kuratorium der privaten Quadriga Hochschule Berlin; sie bildet „Kommunikationsmanager“ aus, die für das berufsbegleitende Studium 19.000 bis 26.000 Euro zahlen. Ein Partner ist der Bundesverband der Deutschen Industrie. Auch auf Veranstaltungen der Bertelsmann-Stiftung trat Machnig auf.

Im Februar 2008 erläuterte er: „Eines der großen Probleme, die wir in der Politik haben: Alles findet in der Regel in der Öffentlichkeit statt. Alles wird sofort kolportiert. Ich finde, bei Bertelsmann gibt es Plattformen, wo es mal wirklich eine offene Debatte gibt, ohne dass man die Vermutung haben muss, dass steht morgen in der Zeitung.“ Ein Satz, der zu Machnig passt, gleichzeitig die Bankrotterklärung eines Politikers in einem öffentlichen Amt.

Nun kommt Christoph Matschie ins Spiel. Im August 2009 nahm er Machnig als „Superminister für Wirtschaft,

Arbeit, Infrastruktur und Umwelt“ (Die Welt) in sein – wie passend – „Schattenkabinett“. Bei der Landtagswahl verfehlte die SPD grandios das Ziel, stärkste Partei zu werden. Machnig hatte sich, wie üblich, der Wahl nicht gestellt. Zu den Sondierern, die Koalitionspartner auswählen sollten, gehörte er trotzdem. Seine Interessen waren klar: bei der Koalition von LINKER, SPD und Grünen wäre er nie Wirtschaftsminister geworden. Das Amt hätte – bei der von der SPD starrsinnig durchgesetzten Ablehnung eines Ministerpräsidenten der stärksten Partei des Bündnisses, der LINKEN – zwingend an DIE LINKE gehen müssen.

## Inhaltsleere Fokussierung auf Personal- und Machtfragen

Auch die Entscheidung der SPD, sich erst nach der Bundestagswahl auf Partner festzulegen, hat aus Machnigs Perspektive besondere Bedeutung: erst da wusste er, ob er überhaupt weiter Staatssekretär in Berlin würde bleiben können. Er konnte nicht. In der Wochenzeitung „Freitag“ wird ein Insider zitiert, bei der letzten Sondierung habe neben Matschie auch Machnig durch „inhaltsleere Fokussierung auf Personal- und Machtfragen viel politisches Geschirr im rot-rot-grünen Lager zerschlagen“. Natürlich: sein Ziel, Wirtschaftsminister zu werden, war in greifbare Nähe gerückt.

Während Sigmar Gabriel, der designierte SPD-Vorsitzende, nach dem Wahldesaster links blinkte, bogen seine Parteifreunde in Erfurt rechts ab. Das ist einerseits die typische Schizophrenie der SPD, inzwischen einzig stabiles Element einer unberechenbaren Partei. Kaum vorstellbar allerdings, dass Matschie, bundespolitisch nur „Leichtmatrose“, den Alleingang wagte, ohne Gabriels Spezi Machnig. Matschie dürfte sich übrigens noch wundern, wen er sich da an Bord geholt hat. Als in der SPD in Thüringen die Kritik an der Entscheidung pro CDU laut wurde, meldete die TLZ, „Machnig bekräftigte (...), dass der Landesvorstand am eingeschlagenen Kurs festhalte und die Koalitionsgespräche mit der CDU weiterführen werde“. Dabei gehörte der dem Vorstand gar nicht an...

In der märchenhaften Handlung des „Kriegs der Sterne“ wendet sich Darth Vader am Ende von der dunklen Seite ab, tötet den bösen Imperator und opfert sich, für seine Kinder, für die Freiheit des Universums. Von Machnig darf ähnlicher Altruismus nicht erwartet werden. Wenn die Koalition mit der CDU gescheitert ist, verschwindet er wieder aus Thüringen. Die Karriere muss schließlich weitergehen.

Stefan Wogawa

## KURZ UND PRÄGNANT

### Konsequenzen gefordert

Mit Verweis auf die Veröffentlichung des E-Mail-Verkehrs eines NPD-Funktionärs aus Jena durch eine antifaschistische Initiative erklärte MdL Katharina König, dass die bereits im Januar geäußerte Kritik der LINKEN an dem journalistischen Verständnis der studentischen Zeitschrift Unique und insbesondere ihres Chefredakteurs berechtigt waren. Sollten sich die Indizien bestätigen, dass der Chefredakteur, der aufgrund der Veröffentlichung zurückgetreten sein soll, über die Unique sowohl der NPD als auch eines der Hamas nahe stehenden Antisemiten ein Podium geboten haben soll, sei dies ein „massiver Missbrauch studentischer Medienstrukturen zwecks politischer Unterwanderung von Rechtsaußen. Solche Versuche der Vereinnahmung durch Rechtsextreme müssen unter allen Umständen verhindert werden“. Mit Blick auf die finanzielle Unterstützung von Unique durch die Studentenräte der FSU, der FH Jena und durch das Studentenwerk Thüringen fordert sie Konsequenzen. ■



### Gegen Rechtsextremismus

Mit Blick auf die Diskussion um einen „NPD-freundlichen“ Kommentar in der Zeitschrift „Polizeispiegel“ der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) forderte Martina Renner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN, „dass sich die Polizei wie die Interessenvertretungen einer klaren Abgrenzung gegen rechtsextremes Gedankengut, Personen und Organisationen versichern müssen“. Mangelnde Sensibilität und Konsequenz unterstreiche noch einmal die Notwendigkeit, der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Ausbildung, Arbeit und Interessenvertretung der Polizei einen neuen Stellenwert zuzumessen und etwaigen Problemen innerhalb der Strukturen offen und entschlossen zu begegnen. Der Thüringer Landesvorsitzende der rechtskonservativen DSU habe in der Vergangenheit bereits in Publikationen der DPoIG Grußworte verfasst und diese auch als Fördermitglied der DPoIG unterzeichnet. ■



# Eine sozialpolitische Katastrophe, die beendet werden muss

## Hartz IV auf dem Prüfstand – Gerichte wollen Änderungen von SGB-II-Regelungen

Erneut ist bei den Hartz-IV-Verfahren an den Sozialgerichten in Thüringen ein Anstieg zu verzeichnen – und zwar um nochmals 25 Prozent. Mit Blick auf die Oktober-Sitzung des Bundesrates, bei der es auch um die Situation an den Sozialgerichten ging, erneuert Ralf Hauboldt, justizpolitischer Sprecher der Fraktion DIE, die Forderung nach Änderungen bei den Hartz-IV-Regelungen zur möglichst zeitnahen Entlastung der Sozialgerichte. „Hartz IV ist als ‚Armut per Gesetz‘ nicht nur sozialpolitisch eine Katastrophe, die schleunigst beendet werden muss. Die rechtliche Regelung ist auch handwerklich miserabel gemacht. Sie wurde in einer Nacht- und Nebelaktion mit heißer Nadel gestrickt“, so Hauboldt. Das räche sich seit langem zulasten der betroffenen Bürger.

### Vorschläge zur Neuformulierung der Regelungen

Die Vorschriften seien unklar und kompliziert formuliert, Auslegung und Anwendung von Begriffen und die Berechnungsmethoden seien selbst für Behörden oft undurchschaubar, moniert Hauboldt. Vor allem auch die Regelungen zur Bedarfsgemeinschaft müssten einer Revision unterzogen werden. So müsse jede(r) Unterstützungsbedürftige eigenständige Leistungsansprüche erhalten, fordert der LINKE-Abgeordnete.

Seit einiger Zeit schon liegen Ergebnisse einer „Praktiker-Arbeitsgruppe“ – bestehend aus Richtern der Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt – vor, die sich insbesondere auf Untersuchungen an den Sozialgerichten stützen. Sie belegen die langjährigen Forderungen der LINKEN nach Änderung der rechtlichen Regelungen, um eine dauerhafte Entlastung der Gerichte zu bewirken. Die Arbeitsgruppe macht recht konkrete Vorschläge zur Neuformulierung von Regelungen. Die Vorarbeit für die Erstellung von Gesetzesvorschlägen liegt damit vor.

### Nur aktionistisches Schaulaufen

Ralf Hauboldt kritisiert, dass die neueste Initiative der Bundesländer Niedersachsen und Sachsen-Anhalt im Bundesrat zu Hartz IV und Sozialgerichten zu kurz greift. „Im Rahmen der Sitzung des Bundesrates stand zu diesem Problem nur ein Entschließungsantrag zur Debatte, obwohl die Länder in den Bundesrat auch eigene Gesetzesentwürfe zur Änderung von Hartz IV einbringen können. Stattdessen wird die Verantwortung auf die neue Bundesregierung abgeschoben. Der Antrag ist offensichtlich nur aktionistisches Schaulaufen.“

Der LINKEN-Politiker fordert die

Thüringer Landesregierung auf, im Bundesrat mit dem Ziel konkreter Gesetzesänderungen aktiv zu werden und erinnert daran, dass vor einiger Zeit auch die CDU-Landesregierung solchen Änderungsbedarf bei Hartz-IV-Regelungen bejaht hat. Trotzdem habe sich die CDU-Landesregierung nicht an dem Länderantrag beteiligt und sich auch in der Bundesratsdebatte nicht geäußert. Außerdem müsse Thüringen auch entsprechend auf der im November stattfindenden Herbstkonferenz der Justizminister agieren, dort stehe das Thema ebenfalls zur Beratung an. Im Rahmen der Novellierung müsse erreicht werden, dass tatsächlich den Betroffenen geholfen werde. Trotz dieser, auf zeitnahe Wirkung ausgelegten ‚Reparaturvorschläge‘ bleibe aber das mittel- bzw. langfristige Ziel der LINKEN die Überwindung von Hartz IV.

### Hartz IV und Menschenwürde

In wenigen Wochen könnte nun auch verfassungsrechtlich bestätigt werden, dass Hartz IV Armut per Gesetz ist und nicht zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz taugt. Am 20. Oktober verhandelte das Bundesverfassungsgericht drei Verfahren, die ihm vom Bundessozialgericht bzw. dem Landessozialgericht Hessen zur Überprüfung vorgelegt wurden. Beide Gerichte begründen ihre Vorlage damit, dass die Hartz-IV-Regelsätze – insbesondere für Kinder – nicht das Existenzminimum abdecken, das jedem Menschen vom Grundgesetz durch Artikel 1 (Menschenwürdegarantie) und Artikel 20 (Sozialstaatsgebot) garantiert wird.

### Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums

Die Richter ließen durchblicken, dass sie sich im Rahmen des Verfahrens auch damit befassen wollen, ob und wie man aus diesen Vorschriften ein „Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums“ ableiten kann. Käme es dazu, wäre das eine spürbare Fortentwicklung des „sozialen Schutzbereichs“ des Grundgesetzes. Dass hier die Verfassungsrichter so genannte „Rechtsfortbildung“ betreiben müssen, zeigt aber auch: das Grundgesetz braucht in Sachen sozialer Grundrechte und Staatszielbestimmungen (verbindliche soziale Handlungsaufträge an den Staat) dringend einen Ausbau durch den Gesetzgeber.

In diesem Sinne hatte die Bundestagsfraktion der LINKEN noch vor Ende der Wahlperiode – auch als politisches Signal für die Zeit nach der Wahl – Gesetzesvorschläge zu sozia-

len Grundrechten und Staatszielen ins Parlament eingebracht und wird in der neuen Wahlperiode daran weiterarbeiten. In dem Verfahren in Karlsruhe muss nun geklärt werden, wie das Existenzminimum definiert wird und zwar nicht nur das für Kinder. In der mündlichen Verhandlung gab es zahlreiche kritische Fragen der Richter.

### Nach einem politischen Wunschkatalog

Sie nahmen insbesondere unter die Lupe, nach welchen Kriterien der Gesetzgeber die Höhe der Regelsätze berechnet und festgelegt hat. Vom Gericht werden dazu auch Gutachten von Sozialverbänden ausgewertet, die ausführlich belegen, dass die Regelsätze nicht ausreichen, den täglichen Bedarf zum (menschenwürdigen) Leben zu decken. Die Vertreter der Bundesregierung konnten offensichtlich darauf nur unzureichende und unbefriedigende Antworten geben.

Fachkundige Beobachter sprechen davon, dass deutlich geworden sei, es handle sich bei den Regelsätzen eher um Festsetzungen nach einem politischen Wunschkatalog, jedoch nicht um Zahlen, die wirklich seriös auf Grundlage von statistischen, ökonomischen und soziologischen Erhebungen und Untersuchungen errechnet worden seien.

### Steuerfreies Existenzminimum

Sollten die Klagen in Karlsruhe Erfolg haben, dann könnten Betroffene mit Verweis auf das Urteil eine Abänderung ihrer Bescheide verlangen, mit einem so genannten ‚Überprüfungsantrag‘ auch für zurückliegende Zeiträume. Das Urteil hätte dann aber auch Auswirkungen weit über Hartz IV hinaus. So müssten z.B. auch die finanzielle Mindestabsicherung für Rentenbezieher („Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“) und das steuerfreie Existenzminimum im Steuerrecht angehoben werden.

Sandra Steck

### Auch das noch!

Unter dieser Rubrik spießt Stefan Wogawa kurz, bündig und satirisch die wichtigen und weniger wichtigen Dinge des Lebens auf:

### Gut gemeint

„Das Gegenteil von gut ist nicht böse, sondern gut gemeint“, hat Kurt Tucholsky formuliert. Matthias Platzeck, Brandenburgs Ministerpräsident, meint es wahrscheinlich gut mit seinem Beitrag im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“.

Versöhnung fordert er, Versöhnung der gesamtdeutschen Gesellschaft mit früheren SED-Mitgliedern. Auch eine Integrationsleistung der Gesellschaft stehe aus, so Platzeck. Natürlich meint der es auch gut mit sich selbst: er hat sich für eine Koalition mit der LINKEN entschieden und der CDU einen Korb gegeben.

In seiner Argumentation vergreift sich Platzeck dramatisch – es bleibt einem fast die Luft weg. Er zieht als Vergleich ausgerechnet ein Treffen des einstigen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher mit Mitgliedern der Waffen-SS heran. Es hagelt Kritik, aus allen Richtungen. Wie die des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden in Brandenburg, Sven Petke. Der hebt hervor, Platzeck werde weder ehemaligen SED-Mitgliedern noch heutigen Politikern der LINKEN gerecht.

Nun muss man den Vorstoß nicht überbewerten. Er soll Platzeck schaden, nicht der LINKEN nutzen. Die CDU hat in den letzten 20 Jahren stets dafür gesorgt, dass in der veröffentlichten Meinung die DDR als ebenso negativ dargestellt wird wie Nazideutschland. Nicht selten sogar als negativer. Auch deshalb springt die Medienmaschine sofort an. Beim Berliner „Tagesspiegel“ übernimmt das Malte Lehming, der leitende Redakteur. Mit Freude, darf man vermuten. Er verwirft Platzecks Vergleich – denn der bevorteile die LINKE. „Die meisten Ex-Nazis, die im Nachkriegswestdeutschland in Amt und Würden kamen, wollten keine Nazis mehr sein“, behauptet Lehming. Der Deutungsversuch des Berliner Medien-Lemmings ist nicht das Problem. Irgendwann kippt die gleichgeschaltete Karawane sowieso über den Klippenrand. Doch Platzeck sitzt im Moment zwischen allen Stühlen.

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Ralf-Dieter May

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.